

Red Hand Day 2017

Pressekonferenz

am 9. Februar 2017

Bundespressekonferenz, Berlin

Vorstellung der Studie

„Kleinwaffen in Kinderhänden – Deutsche Rüstungsexporte und Kindersoldaten“

Ralf Willinger

terre des hommes e.V.

Deutsches Bündnis Kindersoldaten

Deutschland liefert Waffen in viele Länder, in denen Kinder als Soldaten eingesetzt werden

Jedes Jahr erscheint die „Liste der Schande“ im Jahresbericht des UN-Generalsekretärs zu Kindern in bewaffneten Konflikten. 2016 sind dort 59 bewaffnete Gruppen und Armeen aus 14 Ländern gelistet, die Kinder als Soldaten rekrutieren, sie töten, verletzen oder entführen, sie sexuell missbrauchen oder Schulen und Krankenhäuser angreifen. Im Hauptteil des Berichts werden sechs weitere Länder genannt, in denen Kinder auf diese Art und Weise misshandelt werden (eine Weltkarte dieser 20 Länder finden Sie auf S. 16 der Studie).

Darf man in solche Länder, in denen oft schon seit Jahren oder Jahrzehnten blutige bewaffnete Konflikte toben, Waffen liefern?

Nein, würde sicherlich die ganz große Mehrheit der deutschen Bevölkerung sagen, denn laut einer Emnid-Umfrage von 2016 sind 83 Prozent aller Deutschen sogar grundsätzlich dagegen, dass Deutschland Waffen exportiert - erst recht in Länder, in denen Kinder zum Kämpfen gezwungen werden.

Nein, sagt auch der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes, der die Einhaltung der UN-Kinderrechtskonvention regelmäßig überprüft und Deutschland schon mehrfach aufgefordert hat, gesetzlich zu verhindern, dass deutsche Waffen in Länder geliefert werden, in denen es Kindersoldaten gibt.

Nein, sagen auch die Politischen Grundsätze zu Rüstungsexporten der Bundesregierung und der entsprechende Gemeinsame Standpunkt der EU, denn in beiden sind Menschenrechtsverletzungen und bewaffnete Konflikte im Empfängerland Ablehnungskriterien – welche aber oft keine Beachtung finden.

Ja, sagt die Bundesregierung leider immer wieder, auch in jüngster Zeit. Sogar Kleinwaffen, die als tödlichste Waffenart mit einem hohen Anteil ziviler Opfer gelten und auch von Kindersoldatinnen und -soldaten eingesetzt werden, liefert Deutschland in Konfliktländer wie beispielsweise den Irak und zahlreiche weitere Länder im Nahen Osten, Indien, Pakistan und die Philippinen. Dies weist die vorliegende Studie nach Auswertung zahlreicher Quellen nach, viele davon offizielle deutsche Behördendokumente. Selbst staatliche Armeen und Polizeieinheiten, die laut UN-Bericht für schwerste Kinderrechtsverletzungen verantwortlich sind, erhalten deutsche Waffen.

Beispiel 1: Saudi-Arabien

Saudi-Arabien ist seit vielen Jahren einer der Hauptempfänger deutscher Waffen, stand in manchen Jahren sogar an Nummer 1, in 2016 ist es Nummer 3 und bekommt deutsche Rüstungsgüter im Wert von einer halben Milliarde Euro. An solche Drittländer (weder NATO noch EU) soll eigentlich nur ausnahmsweise geliefert werden, sie bekommen inzwischen aber den Hauptteil der Exporte. Saudi-Arabien führt einen brutalen Krieg im Jemen, wo ein großer Teil der Kämpfer Kindersoldaten sind. Das Land wird für die Tötung von zahlreichen Zivilisten, darunter viele Kinder, verantwortlich gemacht und ist deshalb im aktuellen Bericht des UN-Generalsekretärs zu Kindern in bewaffneten Konflikten in der „Liste der Schande“ aufgeführt.

Im Land werden Opposition und Medien brutal unterdrückt, es werden regelmäßig grausame Strafen wie Steinigungen, Auspeitschen, Enthauptungen, Abtrennung von Gliedmaßen und Exekutionen verhängt. Der BND sagte im Dezember 2015, Saudi-Arabien habe eine „impulsive Interventionspolitik und werde dadurch selbst zum Sicherheitsrisiko.“ Die USA liefern seit Dezember keine Munition mehr dorthin, zumindest vorübergehend, wegen der hohen Zahl an zivilen Opfern bei der Kriegführung im Jemen. Die Bundesregierung hat stattdessen die Waffenexporte in dieses Land in 2016 im Vergleich zum Vorjahr verdoppelt.

Beispiel 2: Kolumbien

Im kolumbianischen Bürgerkrieg haben alle bewaffneten Gruppierungen, das staatliche Militär und verbündete paramilitärische Gruppen ebenso wie die oppositionellen Guerilla-Gruppen, in großem Maße deutsche Waffen benutzt, die sie auf verschiedenen Wegen bekommen haben. Trotz der Demobilisierung der FARC-Guerilla werden in Kolumbien weiter viele Kindersoldaten eingesetzt, von ELN- und EPL-Guerilla ebenso wie von paramilitärischen Gruppen und kriminellen Banden wie den Urabeños oder La Empresa. Das bestätigten mir Jugendliche in Buenaventura und Bogotá. terre des hommes unterstützt in Kolumbien seit über 40 Jahren Hilfsprojekte für kriegsbetroffene Kinder und Jugendliche, z.B. Benposta. In ein Schutzzentrum von Benposta am Rande von Bogotá werden Kinder und Jugendliche aus den Kriegsregionen gebracht, wenn sie vor Ort nicht mehr sicher sind. In vielen Regionen Kolumbiens sind weiter Morde, Zerstückeln von Menschen, Folter, Schutzgelderpressung, Rekrutierung von Kindern und sexuelle Gewalt an der Tagesordnung. Freunde der Jugendlichen wurden tagsüber auf offener Straße erschossen, weil sie sich gegen Rekrutierungsversuche zur Wehr setzten.

In Kolumbien begehrt: Walther- und Sig Sauer-Pistolen

Die deutschen Pistolen Walther P22 und P99 und Sig Sauer SP 2022 gehören zu den beliebtesten Pistolen in Kolumbien, laut Experten war die Walther P99 vor einigen Jahren sogar die „Standardwaffe“ der kolumbianischen Streitkräfte. Die Militärpolizei in Bogotá trägt Sig Sauer-Pistolen.

Die staatliche Waffenfirma Indumil verkauft die beiden Walther-Pistolen über ihre Webseite und ihre Shops auch an Privatleute. Die Bundesregierung hingegen behauptet, seit 1993 keine Exportgenehmigung für diese Waffen nach Kolumbien erteilt zu haben. Da die Waffen erst Ende der 90er auf den Markt kamen, dürften sie folglich nicht im Land sein.

Die Staatsanwaltschaft Stuttgart ermittelt in dieser Sache seit inzwischen fast drei Jahren, nach Anzeige des Sprecherkreises der Aktion Aufschrei, einem Bündnis gegen Waffenexporte, bei dem auch terre des hommes und Brot für die Welt Mitglied sind. Sie hat aber bisher noch nicht mal eine Hausdurchsuchung bei Walther in Ulm durchgeführt – obwohl Walther-Mitarbeiter schon vor einigen Jahren wegen eines illegalen Exports von Pistolen über die Schweiz nach Guatemala rechtskräftig verurteilt wurden. Im Fall der Walther P99 und P22 wird vermutet, dass sie illegal über die USA nach Kolumbien exportiert wurden.

Sig-Sauer: Hunderttausende Pistolen illegal ins Kriegsgebiet

Gleiches gilt für bis zu 300.000 (!) Sig Sauer-Pistolen. Deswegen ermittelt die Staatsanwaltschaft Kiel ebenfalls seit etwa drei Jahren, ebenfalls nach Strafanzeige des Sprecherkreises der Aktion Aufschrei. Dennoch „nimmt Sig Sauer neue Großaufträge der Bundeswehr ins Visier“, so die Schlagzeile vor wenigen Wochen. Das Unternehmen will das neue Sturmgewehr der Bundeswehr bauen und hat trotz laufender Ermittlungen offenbar gute Chancen. Die Beispiele verdeutlichen, wie problematisch Waffenexporte in NATO-Länder wie die USA, Großbritannien oder die Türkei sein können, da aus diesen Ländern häufig Waffen in Kriegsgebiete weiterexportiert werden, in die Deutschland direkt nicht liefern würde (weitere Beispiele dazu finden Sie in der Studie).

Ist die deutsche Rüstungsexportpolitik restriktiv?

Trotz dieser Missstände sagt die Bundesregierung seit Jahren: Kein Handlungsbedarf, die deutsche Rüstungsexportpolitik ist restriktiv. Das ist reines Wunschdenken oder eine bewusste Falschaussage. Es ist höchste Zeit, dass die Regierung endlich eine wirklich restrikti-

ve Rüstungsexportpolitik umsetzt. Stattdessen genehmigte die Bundesregierung 2016 wieder fast 50% mehr Kleinwaffenexporte als im Vorjahr, mehr als ein Drittel davon in Drittländer. Die überfällige Trendwende ist in weiter Ferne.

Forderungen an die Bundesregierung:

Die Studie zeigt: Eine **grundlegende Reform der Gesetze** ist nötig, die bisherige Gesetzgebung ist lückenhaft und unzureichend. Dringend erforderlich ist ein Rüstungsexportgesetz, in dem die **Ablehnungskriterien** der Politischen Grundsätze und des Gemeinsamen Standpunktes der EU **rechtlich verbindlich** festgeschrieben und **einklagbar** sind. Zudem muss der Kreis der Klageberechtigten erweitert werden, so dass nicht nur wie bisher ausschließlich Rüstungsunternehmen klagen dürfen, sondern künftig beispielsweise auch Verbände, Opfer oder Bundestagsabgeordnete.

Ein solches Rüstungsexportgesetz sollte eine dringende Priorität der Bundesregierung sein, damit Deutschland nicht weiter für die Eskalation von bewaffneten Konflikten und damit einhergehende schwere Kinderrechtsverletzungen mitverantwortlich ist.

- **Der Export von Waffen in Länder und Krisenregionen, in denen bewaffnete Konflikte stattfinden oder systematisch Kinder- und Menschenrechte verletzt werden, muss künftig kategorisch ausgeschlossen sein.**
- **Kleinwaffen und entsprechende Munition sollten wegen deren unkontrollierter Verbreitung, auch bei Lieferungen an NATO- oder EU-Länder, gar nicht mehr exportiert werden.**
- **Ebenso sollte künftig generell auf die Vergabe von Produktionslizenzen für Rüstungsgüter ins Ausland verzichtet werden.**